

# Umbenennung von Straßennamen: Das Nettelbeckufer soll nicht den Namen von Gert Schramm tragen

*Matthias Dell*

Dekolonialisierung ist ein Prozess, auf den ein Großteil der weißen deutschen Gesellschaft Bock hat wie "[auf Zahnweh](#)" ([Jürgen Klopp](#)). Das Schlagwort meint die Befassung mit der verbrecherischen Kolonialgeschichte, die lange Zeit verdrängt wurde, nun aber zunehmend Diskussionen hervorruft, gerade weil sich das problematische, unaufgearbeitete Erbe vor allem rassistischer Politiken der Vergangenheit an scheinbar banalen Fragen entzündet: Welche Objekte erzählen in unseren Museen Geschichte, welche Persönlichkeiten werden durch Denkmäler oder Straßennamen geehrt?

Erschwerend für eine sachliche Diskussion ist unter anderem zweierlei. Zum einen sind die Verbrechen des deutschen Kolonialismus weitaus weniger erforscht als die der NS-Diktatur oder der DDR-Zeit. Das macht es leichter, die Grausamkeiten im Zuge des transatlantischen Menschenhandels zu ignorieren. Zum anderen gibt es in ebenfalls deutlich geringerem Maße als bei Nationalsozialismus und DDR eine gesamtdeutsche Diskussion der Kolonialgeschichte. Es fehlt an anerkannter Systematik und belastbaren Kriterien im Umgang mit der schwierigen Vergangenheit, wenn die gleichen Debatten lokal auftauchen – und dort jeweils ähnliche Reflexe mobilisieren.

Deshalb ist eine seit drei Jahren währende Straßenumbenennungsdebatte in [Erfurt](#) zwar einerseits von lokalen Eigenheiten geprägt. Die Debatte taugt andererseits aber auch als gutes Beispiel dafür, was passiert, wenn ein zweifellos anstrengender Gegenwartsdiskurs eher unvermittelt auf Politik und Gesellschaft einer kleineren Großstadt trifft (in Erfurt wohnen rund 200.000 Menschen).

Am heutigen Tag, dem 8. März, soll die Diskussion mit einem Stadtratsbeschluss ihr vorläufiges Ende finden.

## Der "Verteidiger von Kolberg"

Begonnen hat sie im Frühjahr 2020, als die Initiative Decolonize Erfurt und der Thüringer Teil des Vereins ISD (Initiative Schwarze Menschen in Deutschland) mit der Forderung an die Öffentlichkeit traten, das Nettelbeckufer in der Thüringer Landeshauptstadt umzubenennen. Zur Begründung wurde [eine umfassende Forschungsarbeit](#) zur Biografie Joachim Nettelbecks (1738–1824) vorgelegt, der als Steuermann auf Sklavenschiffen aktiv vom transatlantischen Menschenhandel profitiert hat und als Koloniallobbyist versuchte, drei preußische Könige vom Erwerb von Kolonien zu überzeugen.

In Erfurt war das Wirken Nettelbecks weithin vergessen. Ein Umstand, der, wie [eine weitere Aufklärungsarbeit der Umbenennungsinitiative](#) zeigte, auch damit zu tun hat, dass Nettelbecks Lebensleistung über 150 Jahre aktiv umgedeutet wurde, angefangen von Nettelbeck selbst. Der in der heute zu Polen gehörenden Hafenstadt Kołobrzeg (früher Kolberg) geborene Kolonialist und Sklavenhändler verschwand so allmählich hinter dem zum Nationalhelden stilisierten "Verteidiger von Kolberg", den die Nazis mit dem aufwendigen Veit-Harlan-Epos *Kolberg* noch Anfang 1945 für ihre Durchhaltepropaganda kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs beschworen.

Die Erfurter Nettelbeck-Forschung wurde in Dortmund und Berlin dankbar aufgenommen und unterfütterte dort erfolgreiche Umbenennungsbeschlüsse von [Nettelbeckstraße \(Dortmund, 2020\)](#) und [Nettelbeckplatz \(Berlin, 2021\)](#). In Erfurt entspann sich eine Debatte im Lokalteil der *Thüringer Allgemeinen* (für die der Autor dieses Textes auch einige Beiträge verfasst hat). Es gründete sich eine Bürgerinitiative, die gegen die Umbenennung votierte und größere Ausdauer bewies als eine Gruppe aus der Nachbarschaft des Nettelbeckufers, die 2020 den Umbenennungsvorschlag noch begrüßt hatte.

Nettelbecks Rolle im Kolonialismus wurde von der Bürgerinitiative nicht bestritten. Als Gründe gegen eine Umbenennung führte sie etwa an, dass man "aus heutiger Sicht" darüber urteile und dass sich problematisches Gedankengut auch bei Namen wie Martin Luther und [Karl Marx](#) fände; und dass mit einer Umbenennung ein Schlussstrich unter wichtige erinnerungskulturelle Diskussionen gezogen und damit die dunklen Seiten der Geschichte aus dem öffentlichen Raum getilgt würde. Was verbreitete Reflexe sind, mit denen selbst bekannte Professoren der deutschen Geschichtswissenschaft [auf dekoloniale Umbenennungsprojekte reagieren](#) – die bei genauerem Hinsehen aber Sinn und Praxis der Straßennamenvergabe verkennen. Straßennamen sind Ehrungen, keine Mahnmale, und diese Ehrung kann nur aus der Zeit der Benennung begründet werden. Oder eben heute neu, wenn eine Diskussion aufbricht wie in Erfurt.

Zumal das Nettelbeckufer ein gutes Beispiel dafür ist, dass Gründe für Straßennamenvergaben sich ändern können. Als die Straße 1905 errichtet wurde, sollte der Nationalheld Nettelbeck geehrt werden, der den Kolonialisten schon überschattete. Der saarländische Regionalhistoriker Karl August Schleiden beschrieb 1993 für Saarbrücken, dass Straßenbenennungen um 1900 im Zeichen des Nationalismus standen – und bewusst in Vierteln mit unterem Mittelstand und Arbeiterschaft vorgenommen wurden. Was zur Lage des Nettelbeckufers in der damaligen SPD-Hochburg Erfurt-Nord passt. 1950 wurde die Straße dann zum ersten Mal umbenannt in Goerdelerufer. Carl Friedrich Goerdeler erschien als Mitglied des bürgerlichen Widerstands gegen Hitler in der Geschichtspolitik der spätstalinistischen DDR bald aber nicht mehr zeitgemäß, weshalb 1956 die Rückbenennung erfolgte – die im [Kalten Krieg](#) in Nettelbeck nun einen [Pionier der deutsch-sowjetischen Freundschaft erkannte](#). 1905 ging es also auch darum, die erstarkende SPD zu ärgern, 1956 wollte man der BRD etwas beweisen – welcher Maßstab sollte da der allgemeingültige sein?

In der Gegenwart positionierte sich im Erfurter Stadtrat politisch zuerst die AfD-Fraktion, deren Vorsitzender Stefan Möller auch im Thüringer Landtag sitzt und als Sprecher des

Landesverbandes die rechte Hand von Björn Höcke ist. Der AfD-Antrag, das Nettelbeckufer nicht umzubenennen, wurde im Stadtrat abgelehnt. Die CDU-Fraktion brachte gemeinsam mit Freien Wählern/Piraten und FDP ebenfalls noch 2020 einen Antrag ein, der die Anbringung einer Informationstafel forderte, der Nettelbecks Lebenslauf darstelle und kritisch einordne. Und der zuerst darauf zielte, eine neue oder andere Straße nach Gert Schramm zu benennen.

Schramm wurde 1928 als Sohn eines US-amerikanischen Schwarzen Eisenbahningenieurs und einer weißen Erfurterin am Nettelbeckufer geboren, überlebte als Teenager das KZ Buchenwald (sein Vater wurde 1941 in Auschwitz ermordet) und engagierte sich nach 1990 als Zeitzeuge in der antirassistischen Bildungsarbeit. Er erhielt das Bundesverdienstkreuz und veröffentlichte 2011 seine Memoiren. Den Namen Schramm hatte die Umbenennungsinitiative ins Spiel gebracht – als Vorschlag für eine Neubenennung des Nettelbeckufers.

Mit Umbenennungen tat man sich nach 1989 nicht so schwer



*Eine historische Postkarte, die das Nettelbeckufer in Erfurt zeigt © privat*

Denn anders als bei den Straßenumbenennungen nach 1945 und im Osten noch einmal nach 1989, bei denen es vor allem darum ging, Verweise auf die offensichtlich problematische Geschichte aus dem Stadtraum zu beseitigen, legen dekoloniale Initiativen heute Wert darauf, das Problematische am alten Namen als Echo im neuen zu erhalten – durch einen Perspektivwechsel weg vom Täter hin zu den Opfern und/oder eine lokale Verankerung. Gert Schramm wäre in diesem erinnerungspolitischen Sinne ein idealer Kandidat als Nachfahre von Menschen, die im Kolonialismus versklavt wurden, und als Erfurter, der eben am Nettelbeckufer 15 geboren wurde. Die DDR-Vergangenheit macht die Erfurter Debatte zusätzlich interessant. Zum einen haben die

Umbenennungen im Osten Deutschlands nach 1945 (eingedenk der weiteren Korrekturen nach 1989) das Geschichtsbild modernisiert, das ein Stadtplan durch die dort geehrten Persönlichkeiten zeichnet. Viele der Straßennamen mit NS- oder Kolonialbezug, die in Westdeutschland heute noch Debatten auslösen, sind in Erfurt lange umbenannt.

Zum anderen könnten die gerade 30 Jahre zurückliegenden Umbenennungen im Osten für einen dynamischen Begriff von Geschichtsbetrachtung sensibilisieren, also dafür, um mit dem Historiker Reinhart Koselleck zu sprechen, "dass sich mit dem Wandel der Geschichte auch die historischen Äußerungen über diese Geschichte wandeln". 1991 begründete der Erfurter Stadtrat die damaligen Umbenennungen, welche auf die während der DDR-Zeit folgten, nüchtern und zeitlos gültig mit dem Satz: "Eine Überprüfung der Biographien der betreffenden Personen ergab, daß aus heutiger Sicht ihre Leistungen eine Straßennamensvergabe kaum rechtfertigen."

## Es wurde wenig aus der eigenen Geschichte gelernt

Wie wenig aus der eigenen Geschichte gelernt wurde, demonstrierte in der Erfurter Debatte nun ausgerechnet ein Stadthistoriker, der als sachkundiger Bürger für die CDU im Kulturausschuss sitzt sowie Mitglied der Straßennamenkommission ist. Und der in der Diskussion um das Nettelbeckufer vorbrachte, der Stadtrat habe seit Mitte Neunzigerjahre Straßenumbenennungen aus politisch-historischen Gründen vermieden. Eine Behauptung, die auf keinem Beschluss fußt (wie ließe der sich auch treffen?) – und die auch nicht stimmt.

Im Jahr 2000 benannte die Stadt einen Teil der Altstadtgasse An der Stadtmünze zurück in Hefengasse. Die dahinterstehende Geschichte zeigt, wie vertrackt die Debatte um Straßennamen sein kann: Dem poetisch klingenden Namen An der Stadtmünze ist die grausame Geschichte, die er verdeckt, nicht anzuhören. Die Umbenennung in An der Stadtmünze war 1939 Teil der "Arisierung" Erfurts durch die Nazis, die damit den Namen Jüdenschule aus dem Stadtplan tilgten. Die Gasse hieß ab 1404 Hinter der Judenschule, ab 1666 Auf der Judenschule und ab 1826 Jüdenschule – 1870 wurde die Straße dann um die vormalige Hefengasse erweitert.

Am Holocaustgedenktag 2010 wandte sich ein [engagierter Stadtführer](#) per Einwohnerantrag an den Stadtrat, um die "Arisierung" des Straßennamens rückgängig zu machen. Der damals schon regierende Oberbürgermeister Andreas Bausewein (SPD) antwortete ablehnend, am Ende wurden Informationstafeln zur Straßennamengeschichte angebracht. Eine Entscheidung, die Max Czolleks Befund vom "Versöhnungstheater" der deutschen Erinnerungspolitik bestärkt: Einerseits lässt sich der Erfurter OB bei der Festveranstaltung zur christlich-jüdischen [Woche der Brüderlichkeit in der ersten Reihe ablichten](#), andererseits weigert er sich, auch durch eine Rückbenennung einer Straße an die lange Geschichte jüdischen Lebens in Erfurt in der Gegenwart zu erinnern.

Bauseweins SPD kommt politisch nun auch die entscheidende Rolle in der Debatte ums Nettelbeckufer zu. Die OB-Stichwahl gewann Bausewein 2018 gegen seine CDU-Konkurrentin dank der Wahlempfehlung von Linken und Grünen (was letztere [bald bereuten](#)). 2021 konnte sich die SPD gegen den CDU-Antrag (neue Straße für Schramm, Informationstafel zu Nettelbeck) dann

zu einem runden Tisch in Sachen Umbenennungsdebatte durchringen, der mit den Stimmen von Linken, Grünen und der lokalen Mehrwertstadt-Fraktion eine Mehrheit erhielt.

Das von dem zuständigen Amtsleiter Torben Stefani und einem lokalen Journalisten moderierte Gesprächsformat sollte die Bürgerinitiative Keine Umbenennung des Nettelbeckufers (BIGU) und Decolonize Erfurt/ISD an einen Tisch bringen. Das Ziel war aber auch, durch öffentliches Tagen zur Meinungsbildung beizutragen, Interessierte konnten sich zur Teilnahme melden. Acht Bewerbungen gingen ein. Zustande kam der runde Tisch aber nie. Es dauerte, auch wegen der Pandemie, bis zum Sommer 2022, ehe ein erstes Vortreffen der Moderation nur mit den beiden Initiativen stattfand. Dort sollten das Verfahren und Regeln für einen sachlichen Austausch besprochen werden. Amtsleiter Stefani lobt heute die "gute Atmosphäre" und teilt damit den Eindruck, den auch Decolonize Erfurt hatte ("sehr konstruktives Vorbereitungsgespräch").

Weshalb der Rückzug der BIGU vom runden Tisch per offenem Brief im Juli 2022 die anderen Beteiligten überraschte. Decolonize Erfurt nannte [in einer Stellungnahme](#) die dort aufgeführten Gründe "fadenscheinig". In der Tat wirken die aufgeführten Punkte wenig plausibel, schon weil sie der Arbeit vorgreifen, die das Gesprächsformat doch erst leisten sollte: Alle Argumente seien ausgetauscht, die BIGU selbst habe ein "moderiertes Gespräch" in "kleiner Runde" angestrebt (also ohne Öffentlichkeit und Bürgerbeteiligung), das Vortreffen sei ergebnislos verlaufen, man habe Angst, in eine "'rechte Ecke' der Rassismus- und Kolonialismus-Befürworter" gestellt zu werden. Der Rückzug der BIGU ist auch deshalb fragwürdig, weil die Gruppe in der Debatte immer wieder beklagt hatte, nicht gehört zu werden. Der Rückzug vom öffentlichen Diskurs betrifft auch die Presse: Eine aktuelle Gesprächsanfrage wurde von der BIGU abgelehnt.

Erstaunlich kann man nun aber finden, welche Wirkung diese Verweigerung gegenüber demokratischen Spielregeln entfaltet hat. OB Bausewein bedauerte zwar den Rückzug, lobte aber als "gute Grundlage" zugleich die "Lösungsvorschläge" aus dem offenen Brief der BIGU. Sein aktueller Antrag ist nahezu identisch mit einer Vorlage der CDU, die als Anwalt der BIGU agiert. Weshalb der CDU-Fraktionsvorsitzende Michael Hose den OB-Antrag begrüßt, im Gespräch aber auch auf das Copyright seiner Partei besteht: "Der Vorschlag des Oberbürgermeisters ist ja eigentlich der Vorschlag der Anwohner und der CDU." So findet sich im offenen Brief auch die Lex Nettelbeckufer, mit der sich der CDU-nahe Stadthistoriker bar jeder wissenschaftlichen Logik gegen eine dekoloniale Umbenennung wehrt: Der Deutsche Städtetag empfehle, [Straßenumbenennungen auf ein Minimum zu beschränken](#), was in Erfurt aber einen "Präzedenzfall" schaffen würde, der andere Umbenennungen nach sich zöge. Abgesehen davon, dass dieser "Präzedenzfall" die historische Praxis bei Straßennamenvergaben ist, kann einen die paradoxe Leere dieser Behauptung verblüffen: Es soll sich auf minimale Umbenennungen beschränkt werden, aber es kann nicht minimal umbenannt werden, weil dann maximal umbenannt werden müsste. Was übrigens nicht einmal der Erfurter Stadtrat 1990 mit Blick auf DDR-Benennungen gemacht hat.

Und nach Gert Schramm soll nun eine Brücke benannt werden

Der Antrag des SPD-Oberbürgermeisters sieht nun vor, dass der eigene Beschluss zum runden Tisch kassiert wird, dass eine Brücke am Nettelbeckufer nach Gert Schramm benannt und für ihn eine Gedenktafel errichtet wird sowie eine Infotafel zu den Biografien von Nettelbeck und Schramm. Außerdem heißt es: "Der Stadtrat beschließt, dass der Straßennamen 'Nettelbeckufer' nicht geändert wird."

Damit wird die Forderung aus dem 2020 noch abgelehnten AfD-Antrag rehabilitiert. Gerade zehn Tage nach dem [Desaster von Hildburghausen](#), wo die Sozialdemokraten gemeinsam mit der [AfD](#) die Abwahl eines Linken-Bürgermeisters betrieben, gibt Bausewein der in Thüringen "[erwiesen rechtsextremistischen](#)" AfD eine weitere Möglichkeit, sich als treibende Kraft in der Politik zu inszenieren.

Der SPD-Oberbürgermeister, der als "Kompromiss" in der Umbenennungsdebatte die Versöhnung von AfD- und CDU-Positionen vorschlägt, taugt zum Sinnbild für die irrlichternde Erfurter SPD. Die ist aus Desinteresse oder Unvermögen wie eine Flipperkugel durch drei Jahre Debatte gerollt, ohne bei einem fraglos schwierigen Thema eine konsistente Position zu entwickeln. Dass im Programm der Landes-SPD unter Führung von Thüringens Innenminister Georg Maier auf dem [Parteitag 2020 beschlossen wurde \("Respekt und Zusammenhalt"](#), PDF), dass man "regionale Bestrebungen, das koloniale Erbe von Kommunen aufzuarbeiten", unterstütze und dabei Initiativen zur Umbenennung von Straßennamen ausdrücklich erwähnt werden, ist eine Ironie der Geschichte.

Fragt man deswegen bei führenden SPD-Politikern in Erfurt wie dem ehemaligen Landesinnenminister Holger Poppenhäger nach, gibt es ausweichende Antworten. Der SPD-Kreisvorsitzende Raik-Steffen Ulrich erklärt mit Blick auf die Forderung von Decolonize Erfurt/ISD: "Es kann auch nicht erwartet werden, dass am Ende eine 1:1-Umsetzung des Gewollten geschieht." Doch, das geht – die "Lösungsvorschläge" der Bürgerinitiative Keine Umbenennung des Nettelbeckufers sind durch die CDU-Vermittlung alle im OB-Antrag gelandet.

Dass der SPD-Mann diese Schiefelage in seiner Argumentation übersieht, hat auch mit der verdrängten Kolonialgeschichte zu tun. Die SPD-Politiker loben derweil den "Kompromiss" und gehen davon aus, dass die Debatte mit einer Mehrheit für den OB-Antrag am 8. März zu Ende ist. (OB Bausewein stand kurzfristig so wenig für ein Gespräch zur Verfügung wie seine Stellvertreterin.) Das wiederum glaubt weder der CDU-Fraktionschef noch Tely Büchner von den Grünen. Letztere sagt: "Die Aufarbeitung des Kolonialismus ist ein Riesenthema, und das Nettelbeckufer ist ein Anfang, ein Symptom. Deswegen müssen wir die Diskussion führen, weil das die Gesellschaft beschäftigt." Katja Maurer, die Linken-Fraktionsvorsitzende im Erfurter Stadtrat, beklagt das stillschweigende Ende des runden Tisches durch den neuen Antrag: "Wenn man als eine Stadt, die immer so tut, als ob Bürgerbeteiligung ganz, ganz wichtig wäre, das dann nicht umsetzen kann, finde ich das wirklich peinlich."

Linke und Grünen haben deshalb ihrerseits einen Antrag gestellt, der nach dem Ende des runden Tisches ein öffentliches und moderiertes Bürgerbeteiligungsforum fordert. Eine Idee, die von der

Umbenennungsinitiative schon im letzten Jahr ins Spiel gebracht wurde. Die Initiative hat schon angekündigt, ihre Arbeit fortzusetzen. Urs Lindner von Decolonize Erfurt sagt: "Gesellschaftliche Debatten lassen sich nicht durch Stadtratsbeschlüsse beenden und politische Fehlentscheidungen können jederzeit revidiert werden."

Unabhängig davon ist schon jetzt zu erkennen, wo weiterer Zündstoff für künftige Diskussionen liegt, wenn der Antrag von OB Bausewein wie erwartet eine Mehrheit kriegen sollte. Zum einen im Text über Nettelbecks Lebensleistung, der, wenn nicht der erfindungsfreudige Stadthistoriker damit beauftragt wird, wenig ehrenvoll ausfallen wird. Und vor allem in dem pietätlosen Umstand, dass der Schwarze Gert Schramm auf dem gleichen Schild gewürdigt werden soll: ein Täter der Kolonialzeit und ein Opfer des Nationalsozialismus friedlich vereint, halt zwei Seiten der Geschichte.

Im Vorschlag der gemeinsamen Tafel steckt nicht zuletzt ein subtiler Rassismus, bei dem die brutale und schmerzhafteste Geschichte der Ausbeutung und Unterdrückung von Schwarzen romantisiert wird. Bei Hollywoodfilmen spricht man vom "[\*magical n\\* trope\*](#)", einer klischeehaften Schwarzen Assistenzfigur, die durch ihr reines Herz und große Güte dem schwächelnden weißen Charakter zur Besserung verhilft. So wie Gert Schramm in Erfurt bald Joachim Nettelbeck.